

2804/J XX.GP

der Abgeordneten Fink, Zwegtick
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Verzögerung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den frühzeitigen Austausch von Informationen bei radiologischen Gefahren und über Fragen gemeinsamen Interesses aus dem Bereich der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes

Am 24.Jänner 1996 ist in Laibach das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den frühzeitigen Austausch von Informationen bei radiologischen Gefahren und über Fragen gemeinsamen Interesses aus dem Bereich der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes paraphiert worden. Dieses Abkommen wurde am 16.4.1996 in den Ministerrat eingebracht. Bis zum heutigen Tag wurde dieses Abkommen jedoch nicht dem Nationalrat zur notwendigen Genehmigung vorgelegt.

Der Grund für diese Verzögerung liegt angeblich beim Finanzministerium, da Kosten in Verbindung mit dem Strahlenfrühwarnsystem gemäß Artikel 8 sowie der gemeinsamen Expertentagungen gemäß Artikel 9 des Abkommens zu erwarten sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Wann ist mit Ihrer Zustimmung zur Einbringung dieses Abkommens in den Nationalrat zu rechnen?
2. Ist die Verzögerung dieses Abkommens unter dem Aspekt, daß gerade zum Schutz der österreichischen Bevölkerung bei einer radiologischen Gefahr aus dem Kernkraftwerk Krsko eine rechtzeitige Benachrichtigung - wie im Vertrag vorgesehen - äußerst wichtig wäre, zu rechtfertigen?
3. Ab wann werden die Kosten für das Strahlenfrühwarnsystem nach Artikel 8 des Vertrages budgetär sichergestellt?